



Grünbuch zur Klima- und Energiepolitik 2030

POSITIONSPAPIER

Präambel

Die grundsätzliche Frage aus Sicht des Fachverbandes der Stein- und keramischen Industrie ist, ob es bei dem bestehenden Cap-and-Trade-System bleiben soll oder man aus den bisherigen Erfahrungen gelernt hat und etwas Neues entwickelt.

Der Fachverband regt dringend an, die Chance im Rahmen dieser Konsultation zu nutzen, um diese wichtige Frage grundlegend zu diskutieren und zu lösen. Auf Basis der derzeitigen Rahmenbedingungen (z.B. Wirtschaftskrise) muss eine Lösung gefunden werden, die folgende Vorgaben unbedingt erfüllen muss:

- Internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie sicherstellen und fördern
- Die von der EU geplante Re-Industrialisierung anstoßen
- Flexibel auf Marktentwicklungen reagieren können
- Den administrativen Aufwand drastisch reduzieren

Wichtig für die Industrie ist die Schaffung eines Anreizsystems und nicht der Ausbau des bisherigen Spekulationssystems abseits der realen Marktwirtschaft. Es gilt ein System mit geringem Aufwand kostenoptimal so auszugestalten, dass Marktentwicklung und internationale Wettbewerbsfähigkeit berücksichtigt werden.

1. Allgemeine Fragen

- Welche Erfahrungen aus dem energie- und klimapolitischen Rahmen bis 2020

und dem derzeitigen Stand des Energiesystems der EU sind für die Gestaltung des Politikrahmens bis 2030 am wichtigsten?

Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass die Europäische Klima- und Energiepolitik zwar unter sehr löblichen Beweggründen festgelegt wurde, die Festlegung des Rahmens aber auf Annahmen basierte, die von der Wirklichkeit überrollt und auf den Kopf gestellt wurde. Sämtliche Modelle und Prognosen wurden durch den Einbruch der wirtschaftlichen Entwicklung ad absurdum geführt. Besonders empfehlenswert ist daher die Entwicklung

einer anderen Art von Prognoseerstellung mit wesentlich mehr Flexibilität und Anpassungsspielraum.

Die bisherige Auslegung des Energie- und Klimapaketes mit der Festlegung von 3 Hauptzielen bis zum Jahr 2020 hat zu Zielkonflikten geführt: Für einzelne Akteure erscheint es oftmals unmöglich, mit der Setzung von Maßnahmen auf mehr als eines der Ziele gleichzeitig hinzuwirken. Dies hat betroffene Unternehmen vor die Wahl gestellt, ob sie ihre CO₂-Emissionen auf Kosten eines erhöhten Energiebedarfes senken oder die Energieeffizienz zu Lasten eines vermehrten Treibhausgasausstoßes steigern. Völlig wettbewerbsverzerrend hat sich zudem die in einzelnen Mitgliedsstaaten sehr unterschiedlich ausgelegte Politik für die Förderung der erneuerbaren Energieträger ausgewirkt, mit dem Resultat einer sehr unterschiedlichen Kostenbelastung für Industriebetriebe innerhalb der EU. Aus diesen Beispielen ist zu lernen, dass eine harmonisierte Vorgehensweise einzelner Mitgliedsstaaten in Richtung eines einzigen Hauptziels die sinnvollste Lösung sein muss.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist der Mangel an internationalem Engagement, der auch nicht durch den europäischen Enthusiasmus angefacht werden konnte. Diesbezüglich muss die Kommission aufhören ihren Alleingang als Grund für weitere Verpflichtungen anzuführen. Ein derartiges Vorgehen bringt weder die gewünschten Selbstverpflichtungen anderer Industrienationen oder der Schwellenländer noch den erwarteten Ansporn am europäischen Binnenmarkt.

2. Zielvorgaben

• Mit welchen Zielvorgaben für den Zeitraum bis 2030 könnten die klima- und energiepolitischen Ziele der EU am wirkungsvollsten unterstützt werden? Auf welcher Ebene sollten sie umgesetzt werden (EU, Mitgliedstaaten oder Sektoren) und inwieweit sollten sie rechtsverbindlich sein?

Der Fachverband der Stein- und keramischen Industrie spricht sich für ein einziges Ziel für CO₂ aus. Dieses einzige Ziel für CO₂ sollte auf EU-Ebene umgesetzt und vor allem erreichbar sein. Die Höhe der europäischen Verpflichtung sollte sich an internationalen Rahmenbedingungen bzw. Verpflichtungen orientieren und nicht überschießend sein.

• Sind bei den derzeitigen Zielvorgaben für die Zeit bis 2020 Widersprüche aufgetreten? Wenn ja, wie könnte eine größere Kohärenz der potenziellen Zielvorgaben für das Jahr 2030 gewährleistet werden?

Es sind sehr grundlegende Widersprüche dadurch aufgetreten, dass die Bestimmungen im Rahmen einer Vorgabe den Bestimmungen der nächsten genau entgegen laufen. Dieses Problem besonders in den Bereichen Erneuerbare Energien und Energieeffizienz, Energieeffizienz.

fizienz und Reduktion der Treibhausgasemissionen sowie allgemein negative Wechselwirkungen mit anderen Umweltgesetzgebungen. Da die produzierende und energieintensive Industrie von vielen Bestimmungen im Bereich Klima, Energie, Luft, Boden, (teilweise Wasser) und Gewerbe betroffen ist, ist in der Praxis vielfach die Einhaltung aller Grenzwerte, Schwellenwerte, Ziele gleichzeitig nicht möglich.

Dieser Tatsache muss unbedingt Rechnung getragen werden, indem die zuständigen DGs übergreifend zusammenarbeiten und sich akkordieren. Insgesamt ist ein Abgehen von absoluten Zielsetzungen zu überlegen. Effiziente Produktionsstandorte sollen nicht noch mehr belastet und Wachstum ermöglicht werden.

• Sind Zielvorgaben für Teilsektoren wie Verkehr, Landwirtschaft und Industrie

sinnvoll und wenn ja, welche? Muss z. B. im Verkehrssektor trotz der bereits

festgelegten CO2-Reduktionsziele für Personenkraftwagen und leichte

Nutzfahrzeuge ein Anteil an erneuerbaren Energien als Ziel vorgegeben werden?

Zielvorgaben für einzelne Sektoren sind dann sinnvoll, wenn sie europaweit einheitlich implementiert werden, um zumindest Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der Europäischen Union zu vermeiden. Man muss aber den Blick auch über die Grenzen richten: Wettbewerbsverzerrungen entstehen in zunehmenden Maße mit dem ETS-Ausland. Wirkungsvolle Instrumente zur Verhinderung von Carbon Leakage auf internationalem Niveau sind zu installieren (z.B. border tax adjustments und/oder Zoll- und Handelsbeschränkungen).

Es macht sicher Sinn, Sektoren wie Landwirtschaft und Verkehr, die bisher „verschont“ waren, stärker in die Pflicht zu nehmen. Dazu sind flexible Lösungen gefragt.

Der Fachverband der Stein- und keramischen Industrie spricht sich für die Formulierung eines Re-Industrialisierungszieles aus, das ein starkes Signal an die Gesellschaft und die internationale Konkurrenz darstellen würde. Durch Stärkung der produzierenden Industrie wäre Europa unabhängiger von Importen durch Erhalt und Aufbau der europäischen Wertschöpfungskette.

• Wie könnten die Zielvorgaben des Rahmens bis 2030 der wirtschaftlichen

Tragfähigkeit und der zunehmenden Ausgereiftheit der Technologien stärker

Rechnung tragen?

Förderungen müssen degressiv gestaltet werden. Regelmäßige Evaluierungen der (Steigerung der) Wirtschaftlichkeit sollten vorgenommen werden, um zu ermitteln, ob die geförderte Anlage/Technologie in absehbarer Zeit am Markt bestehen kann.

Am Beispiel CCS lässt sich aus Sicht der WKO gut aufzeigen, dass der Fokus auf einzelne Technologien zur Emissionsreduktion unrealistisch ist und zukünftige Maßnahmen einen Technologiemarkt berücksichtigen müssen. Man kann nicht davon ausgehen, dass CCS technisch und betriebswirtschaftlich sinnvoll flächendeckend eingesetzt werden kann. CCS wird weitgehend von der Politik und der Öffentlichkeit abgelehnt (siehe dazu CCS-Verbot in Österreich), ist technisch unausgereift und in der Umsetzung zu teuer.

• Wie sollten die Fortschritte in anderen Bereichen der EU-Energiepolitik, z. B. der Versorgungssicherheit, bewertet werden, die nicht unter die Kernziele fallen?

Versorgungssicherheit ist ein wesentlicher Wert unserer modernen Gesellschaft. Jedes Abweichen wäre ein massiver Rückschritt und unannehmbar. Jedoch muss man beachten, dass durch eine Priorisierung von Zielen diese auch vorrangig verfolgt werden. Es besteht sonst die Gefahr der Zersplitterung und das Scheitern der Zielerreichung.

3. Instrumente

• Sind Änderungen anderer politischer Instrumente erforderlich, und welche Wechselwirkungen bestehen zwischen ihnen, auch zwischen EU- und einzelstaatlicher Ebene?

Zielkonflikte innerhalb der bisherigen 2020 Ziele wie zum Beispiel zwischen dem Wachstums- und Beschäftigungsziel und der Klimapolitik müssen thematisiert und gelöst werden. Bei den Diskussionen um den klima- und energiepolitischen Rahmen für 2030 darf es insofern keine Tabus geben. Im Gegenteil: die Gelegenheit muss genutzt werden, um die gesamte Gesetzgebung in diesem Bereich zu evaluieren und zu hinterfragen. Ein „Klima- und Energiepaket“ für 2030 muss gesamtheitlich gedacht werden und muss konsistent sein, sowohl in sich, als auch mit anderen Politikbereichen wie z.B. Umwelt-, Wettbewerbs-, Binnenmarkt- und Verkehrspolitik.

• Wie sollten spezifische Maßnahmen auf EU-Ebene und einzelstaatlicher Ebene definiert werden, um eine möglichst große Kosteneffizienz bei der Verwirklichung der klima- und energiepolitischen Ziele gewährleisten?

Hier gilt es vor allem, Belastungen für die Wirtschaft abzubauen und den Betrieben zu ermöglichen, die möglichen zukünftigen Klima- und Energiezielsetzungen unter Berücksichtigung der bisherigen Vorleistungen durch wirtschaftlich sinnvolle Maßnahmen zu erreichen.

Es sollte verstärkt auf Anreize statt auf Zwang gesetzt werden. Die in der Branche üblichen Investitionszyklen müssen ebenfalls berücksichtigt werden.

Es muss auch möglich sein, zeitnah Förderungen und Maßnahmen wieder abzusetzen, wenn erkennbar wird, dass sie nicht kosteneffizient sind.

• Wie kann am wirksamsten eine Fragmentierung des Energie-Binnenmarkts

verhindert werden, insbesondere im Hinblick auf die Förderung und

Mobilisierung der erforderlichen Investitionen?

Um einer Fragmentierung der nationalstaatlichen Märkte entgegenzuwirken, muss weiterhin die europäische Integration und Kooperation vorangetrieben werden. Kein Mitgliedsstaat kann die Herausforderungen der Energiepolitik bewältigen, Versorgungssicherheit und wettbewerbsfähige Energiepreise können nur im europäischen Kontext sichergestellt werden. Deshalb muss die EU-Kommission die vollständige Umsetzung des 3. Binnenmarktpakets forcieren und weitere Wettbewerbshemmnisse abbauen.

• Welche Maßnahmen könnten ins Auge gefasst werden, um eine größtmögliche

Kosteneffizienz weiterer Energieeinsparungen zu erreichen?

Es sollte primär auf die Bereiche abgezielt werden, wo die größten ungenutzten und die kosteneffizientesten Potenziale vorhanden sind, z.B. im Gebäudesektor. Der energieeffiziente Neubau und die thermische Sanierung sind hier ein klassisches Beispiel einer Win-Win-Situation.

• Wie können die Forschungs- und Innovationspolitik der EU die Umsetzung des

Rahmens für den Zeitraum bis 2030 am wirksamsten unterstützen?

Der Zugang zu Förderprogrammen der EU muss für KMUs erleichtert werden. Es sollte eine zentrale Stelle ins Leben gerufen werden, die aktiv Information und praxisbezogene Unterstützung für KMUs bereitstellt, von der Idee zur Umsetzung. Experten sollten vor allem bei der Lukrierung entsprechender EU-FE&E-Fördergelder helfen.

Insbesondere bei der Speicherung von Strom, bei demand-response Mechanismen (Stichwort „smart grids“ und „smart meters“) und bei der Nutzung vorhandener Effizienzpotenziale werden neue und verbesserte Technologien vonnöten sein, um die Herausforderungen der nächsten Jahrzehnten zu meistern.

4. Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit

- Auf welche Elemente des klima- und energiepolitischen Rahmens sollte mehr

Gewicht gelegt werden, um die Schaffung von Arbeitsplätzen, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu fördern?

Alle Elemente, Bereiche, Maßnahmen und etwaige Ziele des zukünftigen klima- und energiepolitischen Rahmens müssen dem Ziel dienen, Wachstum und Beschäftigung in Europa zu steigern. Wachstum, Beschäftigung und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft müssen im Zentrum stehen, alle Initiativen der Union müssen dieses Ziel unterstützen. Der beste Weg führt in Richtung Reduktion der Gesamtbelastung. Eine großzügige Deregulierung würde durch Freistellen großer Kapazitäten wieder Platz für Wachstum und Innovation schaffen. Die Stärkung der Industrie als Wirtschaftsmotor und der Erhalt der gesamten „value chain“ in Europa müssen Priorität haben.

- Welche Belege gibt es für eine Verlagerung von CO₂-Emissionen bei dem derzeitigen klima- und energiepolitischen Rahmen und kann diese quantifiziert werden? Wie kann dieses Problem innerhalb des Rahmens für die Zeit bis 2030 angegangen werden?

Die Gefahr des „carbon leakage CL“ wird verstärkt durch den derzeit sehr unsicheren gesetzlichen Rahmen, die Unsicherheit in Bezug auf die Spielregeln im Emissionshandel und der europäischen Energiepolitik reduzieren die Investitionsbereitschaft erheblich. Dadurch ist die Aufrechterhaltung des Industriestandortes Europa ein großes Problem. Die Industrie braucht stabile Bedingungen über langfristige Perioden (länger als 6-7 Jahre) und entsprechende Schutzmaßnahmen gegenüber anderen Wirtschaftsräumen.

Folgende Überlegung sollte kein Tabuthema sein: viele Unternehmen der CL-Branchen kommen aus der produzierenden Industrie Europas. Wenn diese Unternehmen tatsächlich unter dem Druck der CO₂ Kosten abwandern sollten (was auch dem Ziel der Re-Industrialisierung zuwider läuft!), welche Arbeitsplätze hat die EU den in diesen Bereichen zahlreichen qualifizierten und nicht qualifizierten Arbeitskräften zu bieten?

Die derzeit aus Sicht des Fachverband der Stein- und keramischen Industrie zielführendsten Maßnahmen gegen CL sind ist die in der Emissionshandelsrichtlinie getroffenen „carbon leakage“ Regelungen, insbesondere die Zuteilung von 100% Gratiszertifikaten an betroffene Unternehmen unter strengen Benchmark Kriterien. Border tax adjustments können eine sinnvolle Ausgleichsregelung darstellen. Auch generell muss das bestehende internationale Ungleichgewicht in jeglicher Zieldiskussion berücksichtigt werden.

• Welche spezifischen Faktoren sind für die beobachtete Entwicklung der Energiekosten verantwortlich und inwieweit kann die EU darauf Einfluss nehmen?

Ein wichtiger Faktor für die Steigerung der Preise ist die Einführung von Zielen im CO₂ - und Energiebereich. Die USA verdanken ihren derzeitigen Boom der Tatsache, dass es in ihrer Volkswirtschaft keine Restriktionen für das Wachstum durch zusätzliche direkte oder indirekte Kosten gibt. Europa dagegen ist gefangen in seinen Selbstverpflichtungen und unfähig auf die aktuellen Wirtschaftsbedingungen zu reagieren.

• Wie sollte die Ungewissheit über die Anstrengungen und das Maß der Selbstverpflichtungen berücksichtigt werden, die andere Industrieländer und wirtschaftlich wichtige Entwicklungsländer in den laufenden internationalen Verhandlungen unternehmen bzw. eingehen werden?

Keinesfalls dürfen verbindliche klima- und energiepolitische Ziele die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen und die Attraktivität des Produktionsstandortes EU im globalen Vergleich schwächen. Der Fachverband spricht sich gegen ein unkoordiniertes, unilaterales Vorgehen aus.

• Wie kann für größere Rechtssicherheit für Unternehmen und gleichzeitig für ausreichende Flexibilität gesorgt werden, um Spielraum für Anpassungen an sich verändernde Umstände (z.B. durch Fortschritte in den internationalen Klimaschutzverhandlungen und Veränderungen auf den Energiemärkten) zu lassen?

Europa muss sich auf die Stärkung und Stärken seines Wirtschaftsraums konzentrieren. Im Grunde dürfen keine neuen Klima- und Energiepolitischen Ziele festgelegt werden, bis klar ist, dass die Rezession in allen Ländern der EU überwunden ist. Dann ist die Industrie selbstverständlich bereit, über Ziele zu sprechen.

• Wie kann die Innovationsfähigkeit der verarbeitenden Industrie gesteigert werden? Könnten dafür die Einnahmen aus der Versteigerung von Zertifikaten eingesetzt werden?

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass Länder mit einer starken, innovativen produzierenden und verarbeitenden Industrie die Wirtschaftskrise besser überstanden haben als andere. Innovationen verlangen entsprechende Investitionen, geistiger und finanzieller Art. Beide Ressourcen sind derzeit durch die aktuellen Vorgaben der Klima- und Energiepolitik stark gebunden. Entlastungen in der Industrie würden beides freisetzen.

- Wie kann die EU die Erschließung konventioneller und unkonventioneller

Energiequellen innerhalb der EU optimal nutzen, um niedrigere Energiepreise zu erreichen und die Importabhängigkeit zu verringern?

Um unsere Importabhängigkeit von externen Energielieferanten zu senken, sollte vermehrt auf heimische Ressourcen - sowohl konventionelle als auch unkonventionelle - gesetzt werden. Allerdings ist der schiefe Blick nach Übersee nicht geeignet, das Energieproblem zu lösen. Das amerikanische Modell kann nicht übernommen werden. Dazu sind die Wirtschaftssysteme und Strukturen zu unterschiedlich. Europa muss eigene Wege (und Quellen) finden.

- Wie kann am besten eine größere Sicherheit der Energieversorgung gewährleistet werden, indem EU-intern (z.B. durch den Ausbau der notwendigen Verbindungsleitungen) für einen reibungslos und effizient funktionierenden Energiebinnenmarktes gesorgt und EU-extern die Energieversorgungswege diversifiziert werden?

Es ist notwendig, den Ausbau und die Modernisierung der Infrastruktur rasch voranzutreiben, damit die notwendige Energie zeitgenau den Weg zum Verbraucher findet. Zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit ist ebenso ein vollendeter Binnenmarkt notwendig. Liquide Großhandelsmärkte, weitere Marktkopplungen, Interkonnektoren und grenzüberschreitende Leitungen sind für eine sichere Energieversorgung unumgänglich.

In der Energieaußenpolitik sollte der Fokus neben der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft auf der Versorgungssicherheit liegen. Eine Diversifizierung der Importquellen um die Abhängigkeit von einzelnen Drittstaaten zu reduzieren wäre ein wichtiger Schritt.

5. Kapazitäten und Lastenteilung

- Wie kann mit dem neuen Rahmen eine gerechte Lastenteilung zwischen den Mitgliedstaaten gewährleistet werden? Durch welche konkreten Maßnahmen kann ihren unterschiedlichen Fähigkeiten zur Umsetzung der energie- und klimapolitischen Vorgaben Rechnung getragen werden?

Der Fachverband der Stein- und keramischen Industrie fordert die Aufrechterhaltung des bestehenden Systems der Benchmarks (CO₂ Ziele bezogen auf vergleichbare Branchen) ohne weiter Minderungs- oder Korrekturfaktoren, jedoch mit einer ex-post Anpassung.

Die Lastenteilung zwischen ETS und Non-ETS befindet sich seit 2013 in einer Schieflage. Der ETS-Sektor leistet mehr Beiträge zur Reduktion als es seinem Anteil an den Emissionen entspricht. Daher muss im Gegenteil eine Trendwende in Richtung ausgewogener Verteilung der Lasten zwischen ETS und Non-ETS erfolgen.

- Welche Mechanismen wären geeignet, um einerseits die Zusammenarbeit zu fördern und eine gerechte Lastenteilung zwischen den Mitgliedstaaten zu gewährleisten und andererseits eine größtmögliche Kosteneffizienz bei der Realisierung der neuen klima- und energiepolitischen Ziele anzustreben?

Mögliche Ziele und künftige Aufteilungen können nur unter Berücksichtigung der Ausgangssituation der MS und der verfügbaren nationalen Potenzialen diskutiert werden.

- Sind neue Finanzierungsinstrumente oder -vereinbarungen zur Unterstützung des Politikrahmens bis 2030 erforderlich?

Innovative Finanzierungsmodelle sind jedenfalls notwendig. Die Erarbeitung durch die Finanzdienstleister, Versicherungen, Zentralbanken u.a. wäre ein wichtiges Element einer neuen Klima- und Energiepolitik der EU 2030.